

Antragsbereich V: Verfasste Studierendenschaft und demokratische Hochschule

Antrag V1_14/2

1

2 **V1_14/2 Angepasste Studierende? Angepasste** 3 **Hochschulen sind das Problem!**

4

5 Eine Demokratie, die nicht nur funktionieren, sondern ihrem Begriff gemäß verwirklicht werden
6 soll, verlange mündige Menschen, so Adorno über die Erziehung zur Mündigkeit. Gemeint ist hier
7 nicht die Staatsform, sondern das Erziehungsziel: eine demokratisierte Gesellschaft.

8

9 Der Grundstein für die Schaffung einer solchen Gesellschaft muss zweifellos in der Bildung gelegt
10 werden. Die Erziehung zur Mündigkeit muss oberstes Bildungsziel sein. Diesem Anspruch wird
11 unsere momentane Bildungslandschaft aber nicht gerecht. Im Gegenteil: das gegenwärtige Bil-
12 dungssystem verhindert diese Erziehung zur Mündigkeit und reproduziert die gesellschaftlich
13 vorherrschenden Verhältnisse. Sie reproduziert die neoliberale Ideologie, die die Verwertbarkeit
14 der*des Einzelnen zum Ziel hat. Das Bildungssystem setzt auf Unmündigkeit und infolgedessen
15 stellen kritisch denkende und (selbst)reflektierende Menschen ein Hindernis dar. Wir hingegen
16 wollen eine von Grund auf demokratisierte Hochschullandschaft. Dies kann nur durch eine Ver-
17 knüpfung von Demokratisierung und Politisierung erreicht werden.

18

19 **Hochschulen sind keine Unternehmen**

20 Nicht erst seit heute ist unsere Bildungslandschaft wenig demokratisch: Letztlich waren Schü-
21 ler*innen und Studierende - als größte Gruppierungen der jeweiligen Bildungsinstitutionen - in
22 ihrem Mitspracherecht schon immer eingeschränkt. So gesehen ist die zunehmende Ökonomisie-
23 rung des Bildungswesens, die sich gerade auch an den Hochschulen bemerkbar macht, nicht der
24 Ursprung von Demokratiemangel. Beides gehört aber wechselwirkend zusammen. Statt Freiraum
25 für kritisches Denken und selbstbestimmtes Lernen zu bieten, sind Bildungszeitverkürzung und
26 Leistungsdruck die prägenden Elemente unseres Bildungswesens. Gerade an den Hochschulen
27 zeigt sich, dass die Ökonomisierung den bereits bestehenden Demokratiemangel noch befördert:
28 Im Leitbild der unternehmerischen Hochschule ist kein Platz für Mitbestimmung und Mitsprache.
29 Stattdessen findet eine Konzentration von Macht in der Hochschulleitung statt. Hochschulen soll-
30 ten aber Ort des solidarischen Miteinanders sein. Dazu müssen Konkurrenzverhältnisse und Wett-
31 bewerb, wie sie beispielsweise zwischen Fachbereichen und Instituten existieren, genauso wie
32 Druckmechanismen wie Anwesenheitslisten und Zulassungsbeschränkungen aufgebrochen wer-
33 den.

34

35 **Hochschulen sind politische Räume**

36 In unserem Bildungssystem findet politische Bildung kaum oder nur eingeschränkt statt. Aller-
37 dings scheint sich die Öffentlichkeit darüber einig, dass heute vor allem junge Menschen zuneh-
38 mend „politikverdrossen“ oder gar gänzlich unpolitisch seien. Während überall von „angepassten
39 Studierenden“ die Rede ist, wird eine Auseinandersetzung mit den Ursachen überhaupt nicht
40 geführt. Dass gerade im Bildungsbereich, als zentralem Entwicklungsort von Menschen, politische
41 Bildung und Demokratieerziehung kaum eine Rolle spielen und so der Grundstein einer beginnen-
42 den Entpolitisierung gelegt wird, wird in dieser Debatte ausgeblendet. Die Hochschulen, die von
43 der neoliberalen Transformation der Gesellschaft durchdrungen sind, sollen in diesem Verständ-
44 nis keine politischen Räume sein, sondern exklusive, sich außerhalb gesellschaftlicher Ausein-
45 andersetzungen befindende Orte darstellen.

46

47 **Ohne Demokratisierung keine Politisierung**

48 Es ist zudem paradox, dass mangelndes politisches Interesse und Engagement junger Menschen,
49 und damit auch Studierender, kritisiert wird, aber politische Aktivitäten an den Hochschulen
50 parallel dazu massiv eingeschränkt sind oder werden. Sei es durch das hochschulpolitische Man-
51 dat, Sperrklauseln oder Regelungen wie die der Möglichkeit des Austritts aus der Verfassten Stu-
52 dierendenschaft. Zwar waren in Phasen gesellschaftlicher Umbrüche und in Zeiten großer politi-
53 scher Auseinandersetzungen wie in den 70er Jahren - zumindest in der öffentlichen Wahrneh-
54 mung - ein großer Teil der Studierenden politisiert und sowohl für gesellschaftliche, als auch
55 spezifisch hochschulpolitische Belange auf den Straßen. Aber die Glorifizierung vergangener Zei-
56 ten hilft uns heute nicht weiter. Ohne eine umfassende Demokratisierung der gesamten Hoch-
57 schullandschaft wird eine grundlegende Politisierung der Studierenden kaum möglich sein.

58

59 **Unsere Forderungen**

60 Als linker, progressiver Studierendenverband muss es unser Ziel sein, für eine umfassende Demo-
61 krasierung der gesamten Bildungs- und Hochschullandschaft zu kämpfen. Im Besonderen für
62 eine Demokratisierung in allen Bereichen der Hochschule - nicht nur formell über Gremien und
63 paritätische Besetzung, sondern auch inhaltlich - für kritische Hochschulen, die die Selbstbe-
64 stimmung des Menschen zum Ziel haben. Daraus ergeben sich für uns folgende Handlungsfelder:

65

66 **Gegen Demokratiemangel - für eine freie und kritische Hochschule!**

- 67 • Die Kompetenzen der Hochschulleitung müssen zurückgefahren werden. Die grundlegen-
68 den Entscheidungen müssen in akademischen und demokratisch legitimierten Gremien
69 wie dem Senat getroffen werden. Parallelstrukturen müssen abgeschafft werden.
- 70 • Bei für die Hochschule grundlegenden Entscheidungen sollen Urabstimmungen, unter Be-
71 teiligung aller lernenden, lehrenden und arbeitenden Menschen, möglich sein.

- 72 • Wissenschaft, Lehre und Forschung müssen unabhängig von der Wirtschaft sein. In der
73 Folge müssen die Hochschulräte kurzfristig auf eine rein beratende Funktion reduziert,
74 mittelfristig aber gänzlich abgeschafft werden. Weil aber Hochschulen nicht von der Ge-
75 sellschaft getrennt, sondern Teil von ihr sind, müssen Wege und Orte für den Austausch
76 zwischen Hochschule und Gesellschaft geschaffen werden.
- 77 • Das Statusgruppenwahlrecht für akademische Gremien, das eine absolute Mehrheit der
78 Professor*innen vorsieht, muss durch die Einführung einer drittel-/viertelparitätischen
79 Vertretung aller Statusgruppen ersetzt werden.
- 80 • Langfristig müssen das Statusgruppenwahlrecht und damit auch die Statusgruppen jedoch
81 gänzlich abgeschafft werden, da die politischen Konfliktlinien nicht entlang dieser Sta-
82 tusgruppen verlaufen. Stattdessen sollen sich Mitglieder der Hochschule in gemischten
83 Vereinigungen organisieren können. Anstelle von Wahlen nach Statusgruppen sollen also
84 langfristig Wahlen auf Grundlage von politischen Konzepten mit hochschulpolitischen Lis-
85 ten, die aus Mitgliedern aller Bereiche einer Hochschule bestehen können, stattfinden.
- 86 • Alle Hochschulgremien sollen hochschulöffentlich tagen, ausgenommen davon sind im
87 Regelfall Personalfragen, wobei auch hier ein möglichst offenes und transparentes Ver-
88 fahren gewährleistet werden muss.
- 89 • Studierendenschaften müssen überall gesetzlich verfasst werden.

90

91 **Gegen Entpolitisierung - für eine politische Studierendenschaft und Hochschule!**

- 92 • Hochschulpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Infolgedessen erhalten alle Verfass-
93 ten Studierendenschaften und nicht verfasste Studierendenvertretungen ein allgemein-
94 politisches Mandat. Die noch verlangte Trennung zwischen diesen Politikbereichen ist
95 mehr als willkürlich.
- 96 • Aufgabe der Verfassten Studierendenschaft und nicht verfasster Studierendenvertretun-
97 gen ist es nicht nur, eine Interessenvertretung für die Studierenden zu sein, sondern die-
98 se auch politisch zu bilden.
- 99 • Alle Regelungen, die Studierendenvertretungen delegitimieren, müssen aufgehoben wer-
100 den. Dies betrifft Fragen von Austrittsmöglichkeiten und Beitragskürzungen oder die Ein-
101 schränkung der Finanzhoheit oder der Satzungsautonomie.
- 102 • Politischen Hochschulgruppen müssen mehr Rechte eingeräumt werden, um ihre politi-
103 sche Arbeit ausführen und ihrem bildungspolitischen Auftrag nachkommen zu können. Po-
104 litische Grundrechte gilt es an den Hochschulen zu leben. Etwaige Sperrfristen sind ab-
105 zuschaffen. Das Aufhängen von Plakaten und Diskussionen mit politischen Vertreter*innen
106 müssen an den Hochschulen möglich sein.
- 107 • Alle neu in Gremien gewählten Hochschulmitglieder sollen eine methodisch-rechtliche
108 Einweisung in ihre Aufgaben erhalten.

- 109 • Studentischer Protest ist ein legitimes Mittel der Meinungsäußerung. Wo sich in Hoch-
110 schulgesetzen Formulierungen befinden, die es in der Auslegung möglich machen, friedli-
111 chen studentischen Protest zu kriminalisieren, müssen diese umgehend ersetzt werden.

112

113 **Gegen Ausgrenzung - für eine queerfeministische und solidarische Hochschule!**

- 114 • Eine demokratische und solidarische Hochschule ist offen und inklusiv, auch in der Cam-
115 pus-Gestaltung. Deshalb braucht es weder Absperrungen, noch andere bauliche Repres-
116 salien.
- 117 • Die Hochschulen selbst, aber vor allem Bibliotheken und Arbeitsräume sollen nicht nur
118 den Studierenden offen stehen. Wir fordern, dass die Hochschulen für alle Menschen zu-
119 gänglich sind.
- 120 • Zum Erreichen einer inklusiven Hochschullandschaft müssen strukturelle Barrieren besei-
121 tigt und Partizipationshürden überwunden werden. Dafür ist eine Erweiterung der Bera-
122 tungs- und Weiterbildungsangebote notwendig.
- 123 • Zusätzlich sollen für den Übergang hin zur inklusiven Hochschule Beauftragte für Gleich-
124 stellung, für Antidiskriminierung, für Menschen mit Beeinträchtigung und chronischen
125 Erkrankungen und für internationale Hochschulmitglieder in den Grundordnungen veran-
126 ktert werden. Diese Beauftragten müssen einen ständigen Sitz in Gremien der akademi-
127 schen Verwaltung innehaben.
- 128 • Es muss mehr selbstverwaltete, studentische (Frei-)Räume an den Hochschulen und dar-
129 über hinaus geben, die dazu beitragen können, eine studentische Kultur und Öffentlich-
130 keit herzustellen und für eine demokratische Hochschule, die sich auch als Lebensraum
131 und Gemeinschaft versteht, wichtig sind. Deshalb muss es an jeder Hochschule - mög-
132 lichst zentral - ein Studierendenhaus geben.
- 133 • Kommerzielle und / oder sexistische Werbung muss an Hochschulen verboten werden.
- 134 • In allen Gremien der Hochschulen sollen quotierte Redelisten eingeführt werden.